



NEUDRUCK

## **Wissenschaftsausschuss**

### **5. Sitzung (öffentlich)**

14. Dezember 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:33 Uhr bis 16:21 Uhr

Vorsitz: Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD)

Protokoll: Dr. Lukas Bartholomei

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- 1 Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW (beantragt durch die Fraktionen von SPD und FDP [s. Anlage 1])** **5**

hier: **Ankündigung von Mitteln zur Abfederung gestiegener Energiekosten von Wissenschaftseinrichtungen**

- 2 Gehen in der Forschung bald die Lichter aus?** **11**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 18/1679

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der AfD-Fraktion ab.

**3 Fachkräfteoffensive – Herausforderungen des Fachkräftemangels im MINT-Bereich mit Potenzialen der akademischen Bildung begegnen 12**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/1868

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt mit den Stimmen aller Fraktionen dem Vorschlag der CDU-Fraktion zu, eine Anhörung durchzuführen. Das weitere Verfahren soll im Anschluss an die Sitzung unter den Obleuten geklärt werden.

**4 Einstellungsstopp an der Ruhr-Universität Bochum (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2]) 13**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/561

– Wortbeiträge

**5 Hackerangriff auf die Universität Duisburg-Essen (Bericht auf Wunsch der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]) 15**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/562

– Wortbeiträge

**6 Förderentscheidungen im Programm „Sonderforschungsbereiche (SFB)“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) in 2022 (Bericht auf Wunsch der Landesregierung) 17**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/552

– Wortbeiträge

**7 Förderentscheidungen im Programm des European Research Council (ERC Grants) (Bericht auf Wunsch der Landesregierung) 18**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/559

– keine Wortbeiträge

**8 Verschiedenes 19**

– keine Wortbeiträge

\* \* \*



**1 Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW** (beantragt durch die Fraktionen von SPD und FDP [s. Anlage 1])

hier: **Ankündigung von Mitteln zur Abfederung gestiegener Energiekosten von Wissenschaftseinrichtungen**

**Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin:** Mit Schreiben vom 12. Dezember 2022 haben die Fraktionen der SPD und der FDP form- und fristgerecht eine aktuelle Viertelstunde beantragt. Die Aktuelle Viertelstunde heißt so, weil ein bestimmtes Zeitmaß nicht überschritten werden sollte. Dafür bitte ich um Verständnis. Ich erteile zunächst der Landesregierung das Wort, anschließend haben die Fraktionen die Möglichkeit, sich auch zu Wort zu melden.

**Ministerin Ina Brandes (MKW):** Die Energiekrise, die durch den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine ausgelöst wurde, stellt auch die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen vor finanzielle Herausforderungen. Dieser Entwicklung wird gemeinsam auf drei Ebenen begegnet: mit der Energiepreisbremse des Bundes, mit freiwilligen Energieeinsparmaßnahmen der Hochschulen von mindestens 20 % und mit zusätzlichen gezielten Hilfen des Landes aus dem Nachtragshaushalt in Höhe von rund 30 Millionen Euro für Hochschulen, Universitätskliniken und Studierendenwerke.

Mit dem Nachtragshaushalt 2022 hat der nordrhein-westfälische Landtag eine zentrale Vorsorge für Energiepreissteigerungen für die gesamte Landesverwaltung getroffen. Der Haushaltsansatzes wurde auf 100 Millionen Euro aufgestockt, um Mehrausgaben für Energie aufgrund des Ukraine-Krieges abzudecken.

Als Wissenschaftsministerium haben wir, wie ich dem Ausschuss schon berichtet habe, frühzeitig für Hochschulen, Unikliniken und Studierendenwerke die jeweiligen Mehrbedarfe ermittelt – mit Abfragen im Sommer und dann auch noch mal Ende September –, die aufgrund neuer Energieversorgungsverträge oder Preisanpassungen entstanden sind. Dabei hat sich gezeigt, dass die Hochschulen unterschiedlich stark von den steigenden Energiekosten betroffen sind. Eine Reihe von Hochschulen hat Fehlanzeige gemeldet, da sie langfristig laufende Energieverträge haben, deren Kosten nicht angepasst wurden. Es steht aber zu erwarten, dass auch diese Hochschulen in Zukunft Preiserhöhungen verzeichnen werden.

Auf Grundlage der Rückmeldungen der betroffenen Einrichtungen haben wir als Ministerium die individuellen Bedarfe ermittelt und Ende November beim Ministerium der Finanzen angemeldet. In der vergangenen Woche hat das Finanzministerium der Anmeldung zugestimmt und die beantragten Mittel dem Einzelplan 06 als Ansatzverstärkung zugewiesen.

Daraufhin hat die Landesregierung den nordrhein-westfälischen Hochschulen, Studierendenwerken und Universitätskliniken rund 30 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2022 zur Verfügung gestellt. Hiervon erhalten die Universitätskliniken rund 4 Millionen Euro und die Studierendenwerke rund 2 Millionen Euro. Die Hochschulen des Landes erhalten rund 24 Millionen Euro. Diese Summe entspricht dem Bedarf, den sie für aufgrund des Ukraine-Kriegs steigende Energiekosten angemeldet hatten. Ich bin zuversichtlich,

dass die Hochschulen damit in der Lage sind, die Kosten für die gestiegenen Energiekosten abzufedern, darunter auch die Ruhr-Universität Bochum und die Universität Siegen. Die RUB hat ca. 4,8 Millionen Euro erhalten, die Uni Siegen 105.000 Euro. Wir stehen mit den nordrhein-westfälischen Hochschulen in engem regelmäßigem Austausch zur Bewältigung der Folgen der Energiekrise und werden die Entwicklung der Energiepreise auch im Jahr 2023 laufend beobachten.

Auch für 2023 wird die Landesregierung zielgerichtete Hilfen entwickeln und unsere Einrichtungen wirksam unterstützen, damit Forschung und Lehre in Nordrhein-Westfalen weiterhin auf gewohnt hohem Niveau stattfinden können.

**Angela Freimuth (FDP):** Frau Ministerin, vielen Dank. Es war am Rande der Haushaltsdebatte zum Einzelplan 06 doch eine überraschende Nachricht, die uns erreichte, auch wenn sie den Haushalt 2022 betrifft und weniger den Haushalt 2023. Aber das Thema „Energiekosten“ beschäftigt uns ja auch in der weiteren Tagesordnung noch. Deswegen bedanke ich mich für die ergänzenden Erläuterungen.

Ich habe noch eine Nachfrage. Durch die Medien wurde auch von der RWTH Aachen berichtet, dass sie in besonderer Weise unter den Energiekosten leiden. Deswegen möchte ich Sie fragen, ob Sie uns freundlicherweise die Zahlen der anderen Hochschulen des Landes zur Verfügung stellen könnten. Ich habe es gerade einmal überschlagen: Bei 4,8 Millionen Euro für die RUB und 105.000 Euro für Siegen bleibt ja noch ein bisschen an Differenz. Mich würde interessieren, ob das alles Kosten sind, die die Universitäten und Schulen für Angewandte Wissenschaften angemeldet haben.

Haben auch die Unikliniken und die Studierendenwerke irgendwo im Vorfeld einen Mehrbedarf angemeldet und beziffert? Wie verhält sich das?

**Ministerin Ina Brandes (MKW):** Selbstverständlich können wir Ihnen die Liste zur Verfügung stellen. Sie haben natürlich richtig vermutet, dass in der Tat die RWTH mit dem höchsten Betrag dabei ist, nämlich mit 12,2 Millionen Euro. Das ist der mit Abstand größte einzelne Betrag, den eine Hochschule beantragt hat und jetzt auch zugewiesen bekommt. Das ist vor dem Hintergrund der Forschungseinrichtungen, die es an der RWTH gibt, die mit einem großen Energieverbrauch einhergehen und deswegen auch eine besondere Belastung ausmachen, auch nicht erstaunlich. Selbstverständlich bekommen Sie die Zahlen gerne zur Verfügung gestellt.

Bei den Studierendenwerken und bei den Universitätskliniken sind ebenfalls vorab Bedarfe ermittelt worden, die wir mit dem Finanzministerium besprochen haben und die dann entsprechend bewilligt worden sind.

Bei den UKs besteht dieselbe Situation wie bei den Hochschulen, dass einige aufgrund langlaufender Verträge im Moment nicht und andere dafür stärker betroffen sind. Das ist also dasselbe Prinzip.

**Dr. Bastian Hartmann (SPD):** Frau Ministerin, vielen Dank. Grundsätzlich ist das ja eine gute Nachricht. Wir freuen uns natürlich über jede Ressource, die bei den Hochschulen,

bei den Studierendenwerken und bei den Unikliniken irgendwie zur Linderung dieser Lasten eingesetzt wird.

Gleichwohl muss ich schon sagen, dass die Art und Weise, wie die Information am Ende das Parlament erreicht hat, mich schon etwas irritiert hat. Wir haben die konfusesten Haushaltsberatungen, die man sich so vorstellen kann. Das muss ich Ihnen nicht erzählen: Nachtragsaushalt, Verfassungsbedenken, noch ein Nachtrag, ein Sondervermögen, und das alles in dem kürzesten Beratungsfenster, das wir im Landtag jemals hatten. Vor dem Hintergrund sind wir alle sehr emsig dabei, zu versichern, dass man alles möglich machen will, um trotz dieser widrigen Umstände angemessene Beratung zu ermöglichen.

Diese Information zu der Summe von 30,17 Millionen Euro ist – da haben Sie recht – für die parlamentarischen Beratungen von hoher Relevanz gewesen. Wenn sie erst am Ende der letzten Rede der zweiten Lesung preisgegeben wird, mag das vielleicht formal in Ordnung sein, aber so richtig vertrauensbildend zwischen Regierung und Parlament ist das nicht; denn Gegenstand von parlamentarischen Beratungen, auch wenn sie eine hohe Relevanz hat, ist diese Information dann nicht mehr gewesen, auch wenn wir das noch hier auf die Tagesordnung gesetzt haben. Das finde ich tatsächlich sehr irritierend.

Für die Liste und die Übersicht, wie das Geld eingesetzt wird, würde auch ich mich interessieren. Mich würde außerdem interessieren, wie die Auszahlung tatsächlich erfolgt. Vielleicht können Sie auch einschätzen, ob vor dem Hintergrund der jüngsten Stellungnahme des Landesrechnungshofes, der erneut verfassungsrechtliche Bedenken hat, die Zahlungen irgendwie verzögert werden oder vielleicht sogar grundsätzlich in Gefahr sind.

**Ministerin Ina Brandes (MKW):** Dass ich Ihnen das an dem Tag gesagt habe, liegt daran, dass ich es an dem Tag erfahren habe. Das habe ich ja gerade eben auch gesagt: Die Freigabe aus dem Finanzministerium, das zahlen zu dürfen, hat uns tatsächlich einen Tag vorher erreicht, und ich habe an dem Tag morgens erfahren, dass wir das zahlen dürfen. Das heißt, Sie sind so zügig über eine Entwicklung informiert worden, wie sonst nie, weil wir sonst zumindest den Verzug haben, bis Sie das Schreiben von uns bekommen. In dem Fall war es wirklich eine Just-in-time-Information.

Diese Energiekostenreserve in Höhe von 100 Millionen, die im Nachtrag gebildet und vom Landtag verabschiedet worden ist, hat nichts mit der aktuellen Diskussion zu tun – einfach um sicherzustellen, dass wir nicht Dinge durcheinanderbringen. Es wurden 100 Millionen Euro in einem Nachtrag beschlossen, und auf deren Grundlage konnten die einzelnen Häuser für solche Fälle von Mehrbelastungen wie diesen hier Anträge stellen. Das haben wir getan, und das ist entsprechend bewilligt worden.

Die Auszahlung all dieser Beträge ist am 12. Dezember erfolgt.

**Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD):** Wir sind davon erfreut, dass es in die richtige Richtung geht. Wir haben einen ähnlichen Antrag und sind deswegen erst einmal guter Dinge und bestätigen das.

**Raphael Tigges (CDU):** Ich bin dem Ministerium dankbar, dass sie noch mal klargemacht haben, wie eng Sie mit den Universitäten und Hochschulen hier im Land kommunizieren und in einem Austausch zu den Bedarfen, die da geäußert und adressiert worden sind, stehen. Ich bin auch sehr dankbar dafür, dass man relativ schnell zu Beiträgen gefunden hat, die auch tatsächlich helfen.

Wir sollten uns gemeinsam vornehmen – das würde ich auch der SPD empfehlen –, dass wir nach pragmatischen Lösungen suchen, um die aktuellen Problemlagen entsprechend zu definieren und dann auch umzusetzen. Das sollte im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten, die wir uns gemeinsam gegeben haben, geschehen.

Das mit dem Haushaltsplanverfahren zu vermengen, mag aus Oppositionssicht vielleicht gut oder opportun sein, aber auf jeden Fall ist es nicht hilfreich, was hier geäußert wird. Im Gegenteil: Ich würde mir wünschen, dass die Opposition gemeinsam mit uns nach Wegen sucht, wie wir diesen Haushalt hinbekommen, damit nämlich genau das nicht passiert, was jetzt vielfach auch vonseiten der SPD heraufbeschworen wird, dass wir nämlich in eine langwierige Auseinandersetzung über den Haushalt gehen. Wir können den Menschen im Land nur helfen, wenn wir einen Haushalt haben, der trägt. Das sollten wir uns gemeinsam vornehmen. Ansonsten haben wir nämlich eine Situation, die uns allen nicht gut gefällt, dass wir nämlich nicht helfen können, wo es notwendig ist.

Wir sitzen hier nicht im Haushalts- und Finanzausschuss, sondern im Wissenschaftsausschuss. Die Diskussionen darüber werden sicherlich morgen im HFA und auch im Plenum nächste Woche geführt werden, aber hier sollten wir doch gemeinsam dafür Sorge tragen, so wie Frau Ministerin es auch dargestellt hat, effektiv zu helfen.

**Dr. Bastian Hartmann (SPD):** Frau Ministerin in der Plenarrede haben Sie zumindest gesagt, dass der Finanzminister das schon am Vortag zugewiesen hätte. Die enge Kommunikation zu den Hochschulen ist wichtig. Vielleicht kann man das auch noch mal zum Anlass nehmen, zwischen den Ressorts innerhalb der Regierung die Informationswege zu verkürzen. Dann hätten wir vielleicht einen Tag mehr und Sie die Information auch früher gehabt.

Herr Tigges, natürlich suchen wir nach pragmatischen Lösungen. Was wir auch sehr gerne tun, ist, sie im Plenum zu diskutieren. Aber dafür bräuchten wir natürlich die Informationen darüber.

In Sachen „Tragfähigkeit des Haushalts“ haben wir beide gestern im HFA ein paar Einschätzungen von Experten gehört und können die morgen noch mal ausführlich diskutieren.

**Ministerin Ina Brandes (MKW):** Es ist ganz reizend, dass Sie sich um die Kommunikation zwischen den Ministerien sorgen. Das weiß ich sehr zu schätzen. Ich kann Sie beruhigen: Meine Haushälter haben es an demselben Tag natürlich vom Finanzministerium erfahren, allerdings nicht ich selbst. Ich bin aber für den Vollzug solcher Zahlungen nicht zuständig. Insofern ist alles in bester Ordnung.

**Julia Eisentraut (GRÜNE):** Ich möchte für meine Fraktion betonen, dass wir es sehr gut finden, dass die Landesregierung kurzfristig im laufenden Haushalt 2022 verfügbare Mittel identifiziert hat, um das dringende Problem, das heute auch in einigen Tagesordnungspunkten angesprochen wird, jetzt schon anzugehen.

In diesem Jahr sind die Hochschulen, Universitätskliniken und Studierendenwerke sehr unterschiedlich von den steigenden Energiekosten betroffen, weil einige noch von langfristigen Verträgen für Wärme und Strom profitieren. Deshalb ist es notwendig wie auch zielgerichtet und sachgerecht jetzt auf die Bedarfe, die die Hochschulen angemeldet haben, zu reagieren.

Insofern können hoffentlich die negativen Auswirkungen auf die Beschäftigten und auf die Stellen an den Hochschulen – das wird später auch noch mal thematisiert werden – verhindert werden. Das hängt natürlich auch davon ab, wie komplex die Ursachenlage an den Hochschulen selbst ist. Wir würden uns natürlich auch wünschen, dass wir alle Sorgen der betreffenden Einrichtungen schon vorab aus der Welt schaffen könnten. Aber eine Krise wie die, in der wir uns jetzt befinden, bringt es eben mit sich, dass nur begrenzt Mittel zur Verfügung stehen und diese sehr zielgenau eingesetzt werden müssen. Das zeigt – auch der Opposition –, dass das geplante Sondervermögen wichtig und notwendig ist, um auch in dieser schwierigen Zeit an der Seite der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in NRW stehen zu können.

**Angela Freimuth (FDP):** Frau Ministerin, auch wenn ich ja reflexartig aus Vorverwendung in die haushaltspolitische Debatte einsteigen könnte, will ich das aber gar nicht großartig tun. Ich will vielmehr einfach nur darauf hinweisen, dass es ja insbesondere nicht die Entscheidung der Opposition in diesem Parlament gewesen ist, den Entwurf für den Landeshaushalt 2023 so spät einzureichen.

Schon beim ersten Nachtragshaushalt für 2022 haben wir als FDP-Fraktion durchaus auch schon identifiziert, wo die Notwendigkeit für unterstützende Maßnahmen besteht. Das Ergebnis ist bekannt. Ich will das auch gar nicht weiter kommentieren. Da waren wir alle dabei, und das ist nun vergossene Milch.

Ich will nur darauf hinweisen: Auch vonseiten der FDP-Fraktion hat es immer die Bereitschaft gegeben, gemeinsam die Verantwortung für die Krisenbewältigung zu tragen. Aber es gehört eben auch dazu, dass man das dann auch tatsächlich miteinander macht.

Ich habe nun zu diesem ganz konkreten Punkt der Aktuellen Viertelstunde zwei Nachfragen. Habe ich es richtig verstanden, dass alle angemeldeten Bedarfe mit diesem Betrag von 30 Millionen Euro auch tatsächlich befriedigt werden können?

Und noch eine weitere Frage. Vielleicht gibt es auch für 2023 einen Ausblick. Da gibt es durchaus noch angemeldete Mehrbedarfe, wenn ich richtig informiert bin. Mich würde interessieren, ob es auch mit Blick auf den Haushalt 2023, über den wir im Moment noch beraten, Veränderungen geben wird, eventuell mittels entsprechender Informationen der Landesregierung, die dann wahrscheinlich in Fraktionsanträgen münden werden. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen.

**Ministerin Ina Brandes (MKW):** Um die zweite Frage zuerst zu beantworten: Das ist natürlich ein laufender Prozess. Ich habe eben schon gesagt, dass wir natürlich Schwierigkeiten damit haben, konkret vorausszusehen, welche Einrichtung wann welchen Bedarf haben wird, weil das natürlich davon abhängt, wann Energieverträge verhandelt werden und zu welchen Konditionen.

Wir stehen also – man muss sagen: andauernd – vor dem Hintergrund der Volatilität der Lage mit den Hochschulen, mit den Studierendenwerken und den Universitätsklinik in Kontakt, um dann, wenn es soweit ist, zu wissen, welcher Bedarf da ist, und um dann zu sehen, ob wir finanziell unterstützen können. Da will ich natürlich den Haushaltsberatungen nicht vorgreifen. Es ist natürlich selbstverständlich der Gedanke, dass wir den Einrichtungen, so gut es denn geht, durch die Krise helfen wollen.

Ja, das was die Einrichtungen an Energiemehrkosten aufgrund des Ukraine-Kriegs angemeldet haben, ist auch bewilligt worden.

**Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die Aktuelle Viertelstunde.

## 2 Gehen in der Forschung bald die Lichter aus?

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 18/1679

– abschließende Beratung und Abstimmung

*(Überweisung des Antrags an den Wissenschaftsausschuss am  
23.11.2022)*

Forschung und Universitäten hätten unter der aktuellen Situation zu leiden, so **Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD)**. Die Intention des Antrags sei es, diesbezüglich Lösungen zu forcieren.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der AfD-Fraktion ab.

**3 Fachkräfteoffensive – Herausforderungen des Fachkräftemangels im MINT-Bereich mit Potenzialen der akademischen Bildung begegnen**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/1868

*(Überweisung des Antrags an den Wissenschaftsausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie an den Ausschuss für Schule und Bildung am 08.12.2022)*

**Raphael Tigges (CDU)** beantragt aufgrund der Vielseitigkeit des Themas, dass zu dem Antrag eine Anhörung durchgeführt werde.

**Angela Freimuth (FDP)** möchte die Anhörung thematisch möglichst breit aufstellen und nicht nur auf den MINT-Bereich konzentrieren.

Der Ausschuss stimmt mit den Stimmen aller Fraktionen dem Vorschlag der CDU-Fraktion zu, eine Anhörung durchzuführen. Das weitere Verfahren soll im Anschluss an die Sitzung unter den Obleuten geklärt werden.

#### 4 **Einstellungsstopp an der Ruhr-Universität Bochum** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/561

**Dr. Bastian Hartmann (SPD)** führt aus, die Entscheidung eines Einstellungsstopps an der Ruhr-Universität setze einen solch großen Betrieb unter großen Stress und sei den Entscheiderinnen und Entscheidern sicherlich nicht leicht gefallen. In der Wissenschaft würden Projektstellen häufig in der Erwartung einer Verlängerung besetzt. Dennoch werde zu häufig mit Befristungen und Projektstellen gearbeitet, was bei besserer finanzieller Ausstattung vermieden werden könnte.

In Bezug auf die unter TOP 1 angesprochene Summe von rund 30 Millionen Euro hoffe er, dass diese zur Lösung des Problems ausreiche.

Die Ministerin frage er, zu welchem Zeitpunkt die Ruhr-Universität auf die Schwierigkeiten hingewiesen habe und wann das Ministerium diese Information erhalten habe.

**Ministerin Ina Brandes (MKW)** präzisiert, der Einstellungsstopp an der Ruhr-Universität beziehe sich lediglich auf Verwaltungsstellen und zentrale Dienste, nicht auf die Wissenschaft.

Die Ruhr Universität habe inzwischen vor dem Hintergrund der durch das Land geleisteten Zahlung in Höhe von 4,8 Millionen Euro eine Sofortmaßnahme beschlossen, wonach befristet Beschäftigte in der Verwaltung und in zentralen Einheiten von der Stellensperre ausgenommen werden sollten. Ein Teil der Maßnahmen sei also bereits wieder zurückgenommen, und das Problem könne als gelöst angesehen werden.

Von dem gesamten Vorfall habe das Ministerium zunächst nichts gewusst, dann sei die Information an die Presse durchgestochen worden. Die Ruhr-Universität habe selbst nicht gewollt, dass die Information öffentlich werde, und habe dies lediglich intern diskutiert.

Befristete Stellen stellten in der Wissenschaftslandschaft in Deutschland ein Problem dar, so **Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD)**. Als Doktorand müsse man häufig mit nur einer halben Stelle den Lebensunterhalt bestreiten. Insbesondere für Menschen mit Familie sei dies schwierig. Um langfristig zukunftsfähig zu bleiben, benötige das Land hier andere Lösungen.

**Dr. Bastian Hartmann (SPD)** bestätigt die Aussage der Ministerin, es habe sich zunächst um eine interne Diskussion an der Ruhr-Universität gehandelt, über die dann Informationen an die Presse gelangt seien. In der folgenden Pressemitteilung habe die Universität alle aufgetretenen Fragen beantwortet.

Die Ministerin frage er, ob die Universität die sich aus der Vertragslaufzeit mit den Energielieferanten ergebenden Schwierigkeiten nicht kommuniziert habe.

**Ministerin Ina Brandes (MKW)** antwortet, die Ruhr-Universität habe die Mehrbedarfe aufgrund der gestiegenen Energiekosten natürlich kommuniziert. Die Landesregierung habe daraufhin in Aussicht gestellt, zu helfen, was inzwischen auch erfolgt sei. Zwischenzeitlich seien Informationen über interne Beratungen der Universität, mit denen das Ministerium angesichts der Hochschulautonomie nichts zu tun habe, an die Öffentlichkeit gelangt.

Alle in der Gesellschaft, Privatpersonen oder Einrichtungen aus welchem Bereich auch immer, müssten sich Gedanken über den Umgang mit gestiegenen Energiepreisen und anderen Preisen machen, so **Angela Freimuth (FDP)**. Sie halte es für sehr nachvollziehbar, dass sich die Hochschulen angesichts ausgelaufener Energielieferungsverträge Gedanken darüber machten, auf welche Weise sie ohne Beschränkungen die Lehre aufrechterhalten könnten.

Während 2022 alle Mehrbedarfe hätten bedient werden können, bleibe die weitere Entwicklung für das Jahr 2023 vollkommen offen. Deswegen gelte es auch an den Universitäten, wie auch überall sonst, zu erwägen, welchen Beitrag zur Senkung der Energiekosten sie leisten könnten. Die Hochschulen schienen allerdings sehr verantwortungsvoll mit der Lage umzugehen.

Auch wenn sich die Politik nach Kräften bemühe, die kritische Infrastruktur und auch die Bildung und Forschung in Bezug auf die steigenden Energiepreise zu schützen, werde letztendlich nicht alles abgedeckt werden können.

**Dr. Bastian Hartmann (SPD)** sagt, alle Akteure in der Wissenschaftslandschaft gingen mit einem großen Verantwortungsgefühl für ihre Studierenden und Mitarbeitenden an die Probleme heran.

Mit der vor Monaten beschlossenen freiwilligen Selbstverpflichtung zu Energieeinsparung habe man die Hochschulen letztendlich alleine gelassen. Trotz guter Kampagnen kämen diese nun unter Stress und müssten mit drastischen Maßnahmen reagieren. Seitens des Landes gelte es die Probleme mit ein bisschen mehr Geld anzugehen. Seiner Meinung nach sollte politisch mehr getan werden, als nur eine freiwillige Selbstverpflichtung zu installieren. Außerdem sollte deutlich früher kommuniziert werden.

**Ministerin Ina Brandes (MKW)** bemerkt, sie habe der Ruhr-Universität Bochum mitgeteilt, dass sie es gut fände, wenn die Landesregierung demnächst früher über eine solche Entscheidung informiert werde.

## 5 **Hackerangriff auf die Universität Duisburg-Essen** *(Bericht auf Wunsch der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/562

**Dr. Bastian Hartmann (SPD)** hält den Hackerangriff für eine große Krise für die Universität Duisburg-Essen; schließlich habe ein vergleichbarer Fall für die Universität Bochum vor einigen Monaten die größte Krise bedeutet, mit der sich die Universität jemals konfrontiert gesehen habe. Er halte es demnach für sehr wichtig, die IT-Sicherheitsstruktur der Wissenschaftslandschaft zu ertüchtigen.

Ihn interessiere, weshalb der Angriff erfolgreich gewesen sei.

Gemäß dem Lagebild des BKAs wachse das Problem „Cybercrime bzw. Ransomware“ in den letzten Jahren stetig, und hier bestehe ein enormes Dunkelfeld, so **Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD)**. Dies betreffe nicht nur Hochschulen, sondern auch viele Firmen.

**Julia Eisentraut (GRÜNE)** erläutert, das Entstehen von Cyberangriffen sei typischerweise nicht monokausal, sondern es müssten viele Dinge zusammenkommen, damit ein Angriff auch funktioniere. Die Vorstellung von Cyberangriffen, die nur aufgrund eines falschen Klicks entstünden, sei nicht richtig.

Mitten im laufenden Verfahren könne kaum Aufschluss über die Sicherheitslücke gewonnen werden. Dabei müsse es sich nicht zwingend um eine Softwarelücke handeln, sondern beispielsweise könnte auch jemand mit Absicht etwas im System installiert haben.

Bezugnehmend auf den Beitrag von Julia Eisentraut sagt **Dr. Bastian Hartmann (SPD)**, ihm sei klar, dass so etwas nicht nur durch das Drücken auf einen falschen Knopf ausgelöst werde. Im Sinne der Ertüchtigung der Systeme halte er jedoch die Frage für wichtig, ob menschliches Versagen oder technische Gründe ursächlich für den Vorfall seien.

Laut **Raphael Tigges (CDU)** besteht Einigkeit darin, dass die Netzwerke an Hochschulen genauso wie in der Wirtschaft oder im privaten Raum maximal geschützt werden müssten.

Die CDU unterstütze die in dem Bericht der Landesregierung erwähnten Planungen einer hochschulübergreifenden, breiten Koordinierungsstruktur, für die das Land Geld zur Verfügung stelle. Es gelte die Hochschulen dabei entsprechend mitzunehmen und sie in diesem Prozess zu begleiten. Natürlich beständen dabei aufseiten der Hochschulen sehr unterschiedliche Strukturen und Fortschritte in puncto IT-Sicherheit.

Digitalisierung diene auch dazu, Bürokratie zu erleichtern und abzubauen, so **Angela Freimuth (FDP)**. Gerade mit Blick auf personenbezogene Daten gelte es natürlich, eine besondere Sicherheit und Sensibilität zu gewährleisten, etwa mit Blick auf BAföG-Anträge.

Sie plädiere dafür, dass sich weite Teile des Parlaments im folgenden Jahr intensiver mit der IT-Sicherheitsarchitektur und der Sensibilisierung der unterschiedlichsten Nutzer beschäftigen, auch themenübergreifend in Zusammenarbeit mit anderen Ausschüssen. Für den Wissenschaftsausschuss gelte es, sich intensiver mit dem Thema „Datensicherheit“ in der Hochschullandschaft und an den Unikliniken zu beschäftigen.

An das Ministerium gerichtet frage sie, ob sich über den Stand des Berichts hinaus neue Sachstände zu einzelnen Bereichen ergeben hätten, etwa mit Blick auf den Hackerangriff gegen die Universität Duisburg-Essen.

**Ministerin Ina Brandes (MKW)** bezeichnet die Situation als extrem komplex und volatil. In Bezug auf den besagten Hackerangriff liefen derzeit sowohl das Ermittlungsverfahren als auch die Rekonstruktion der IT-Landschaft der Universität, und vor diesem Hintergrund müsse extrem zurückhaltend mit Informationen – auch an die Öffentlichkeit – vorgegangen werden.

Der in Rede stehende Hackerangriff weise in seiner Durchschlagskraft eine andere Qualität auf als das bisher Gesehene. Diese Art von Angriff – solche würden immer häufiger und auch in der Qualität stärker – könne nur dann wirksam bekämpft werden, wenn Politik und Hochschulen sowie Universitätskliniken in Nordrhein-Westfalen in einem Netzwerk bzw. im Rahmen einer gemeinsamen Initiative zusammenarbeiteten. Dies werde angegangen, sei aber noch nicht umgesetzt.

Als erfreulich sehe sie es an, dass das gesamte Hochschulnetzwerk Nordrhein-Westfalen die Universität Duisburg-Essen unterstütze, um so gut wie möglich durch diese Situation hindurchzukommen. Für die Kolleginnen und Kollegen, die dort unter hohem Druck an der Wiederherstellung der Technik arbeiteten, sei dies sehr beruhigend.

**6 Förderentscheidungen im Programm „Sonderforschungsbereiche (SFB)“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) in 2022** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*)

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/552

**Dr. Bastian Hartmann (SPD)** fragt, ob das Ministerium über Informationen über die Anträge aus Nordrhein-Westfalen verfüge, welche erfolgreich und welche nicht erfolgreich gewesen seien.

**Ministerin Ina Brandes (MKW)** sichert zu, dies nachzureichen.

**7 Förderentscheidungen im Programm des European Research Council (ERC Grants) (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*)**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/559

– keine Wortbeiträge

## **8 Verschiedenes**

– keine Wortbeiträge

gez. Prof. Dr. Daniel Zerbin  
Vorsitzender

## **3 Anlagen**

01.03.2023/09.03.2023





SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf  
FDP-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den  
Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses  
Prof. Dr. Daniel Zerbin MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

12.12.2022

**Ankündigung von Mitteln zur Abfederung gestiegener Energiekosten von  
Wissenschaftseinrichtungen - Anmeldung einer aktuellen Viertelstunde für die  
Sitzung des Wissenschaftsausschusses am 14.12.2022**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Zuge der Beratung des Einzelplans 06 am 8. Dezember 2022 hat  
Wissenschaftsministerin Brandes angekündigt, dass Hochschulen,  
Universitätskliniken und den Studierendenwerken insgesamt 30,17 Millionen Euro  
zur Abfederung gestiegener Energiekosten zur Verfügung gestellt werden. Dabei  
handele es sich um eine Maßnahme im Vollzug des Haushalts 2022, die  
Mittelzuweisung stamme aus dem Einzelplan 20.

Aufgrund der Bedeutung des Themas sehen die Fraktionen von SPD und FDP einen  
dringenden Beratungsbedarf im Wissenschaftsausschuss am 14.12.2022.

Mit freundlichen Grüßen

Angela Freimuth MdL  
Sprecherin für Wissenschaft  
Stv. Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion NRW

Dr. Bastian Hartmann MdL  
Wissenschaftspolitischer Sprecher





SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den  
Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses  
Prof. Dr. Daniel Zerbin MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

**Dr. Bastian Hartmann MdL**  
Wissenschaftspolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 - 884 2073  
bastian.hartmann@landtag.nrw.de  
www.spd-fraktion.nrw

**Thema Einstellungsstopp an der Ruhr-Universität Bochum  
Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des  
Wissenschaftsausschusses am 14.12.2022**

**01.12.2022**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

nach Presseberichten hat die Ruhr-Universität Bochum einen Einstellungsstopp verhängt, zudem sollen auslaufende Stellen für sechs Monate nicht neu besetzt werden. Die Universität sah sich vor dem Hintergrund steigender Energiepreise zu dieser drastischen Maßnahme gezwungen, um sieben Millionen Euro einzusparen.

Betroffen sind bis zu 230 Stellen in der Verwaltung und in den zentralen Betriebseinheiten.

Aufgrund der Bedeutung des Themas bittet die SPD-Fraktion die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zur Sitzung des Wissenschaftsausschusses am 14.12.2022. Der Bericht soll dabei u.a. folgende Fragen beantworten:

1. Hat die Landesregierung Kenntnis von weiteren Hochschulen, die aufgrund steigender Energiepreise einen Einstellungsstopp verhängt haben oder auslaufende Stellen nicht neu besetzen? Falls ja, um welche Hochschulen handelt es sich? Wurden mit diesen Hochschulen Gespräche über diesen Sachverhalt geführt?
2. Inwieweit stellt der Einstellungsstopp an der Ruhr-Universität Bochum eine Mehrbelastung für das bestehende Personal dar bzw. inwieweit sind Folgewirkungen auf den Lehr- bzw. Forschungsbetrieb möglich?
3. Wird die Landesregierung den Hochschulen finanzielle Hilfen im Kontext steigender Energiekosten bereitstellen? Falls ja, wann und in welcher Höhe?

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads "Bastian Hartmann". The signature is written in a cursive style.

**Dr. Bastian Hartmann MdL**  
**Wissenschaftspolitischer Sprecher**



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den  
Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses  
Prof. Dr. Daniel Zerbin MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

**Dr. Bastian Hartmann MdL**  
Wissenschaftspolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 - 884 2073  
bastian.hartmann@landtag.nrw.de  
www.spd-fraktion.nrw

**Thema Hackerangriff auf die Universität Duisburg-Essen**  
**Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des**  
**Wissenschaftsausschusses am 14.12.2022**

**01.12.2022**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

nach Presseberichten wurde die Universität Duisburg-Essen am 27.11.2022 Opfer eines Hackerangriffs. Nachdem die Hacker in die Systeme eingedrungen seien, sollen sie große Teile verschlüsselt und Lösegeld gefordert haben. Die Universität habe daraufhin die IT-Infrastruktur heruntergefahren und vom Netz getrennt. Zentrale Dienste wie PC-Anwendungen, E-Mail und Festnetztelefonie hätten nicht zur Verfügung gestanden. Studierende seien insbesondere vom Cyberangriff betroffen gewesen, indem das Einschreibungswesen, Prüfungswesen und Akademische Auslandsamt telefonisch und per E-Mail nicht erreichbar gewesen seien.

Aufgrund der Bedeutung des Themas bittet die SPD-Fraktion die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zur Sitzung des Wissenschaftsausschusses am 14.12.2022. Der Bericht soll dabei u.a. folgende Fragen beantworten:

1. Welche Erkenntnisse gibt es bisher über die Täter bzw. Täterinnen?
2. Welche Erkenntnisse gibt es über Schäden und wurden die Schäden und Einschränkungen durch den Angriff zwischenzeitlich behoben?
3. Wurde der Lehr- und Forschungsbetrieb durch den Cyberangriff beeinträchtigt bzw. nachhaltig geschädigt?
4. Inwieweit ist das Universitätsklinikum und dessen Versorgungssicherheit betroffen?
5. Sind Auswirkungen auf Prüfungstermine oder -fristen zu erwarten?
6. Wie beurteilt die Landesregierung die aktuelle Gefährdungslage für wissenschaftliche Einrichtungen im Hinblick auf Cyberangriffe und wie soll grundsätzlich der Schutz solcher Einrichtungen sichergestellt werden? Wie unterstützt die Landesregierung die Hochschulen bei der Absicherung ihrer IT-Infrastruktur?

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads "Bastian Hartmann". The signature is written in a cursive style.

**Dr. Bastian Hartmann MdL**  
**Wissenschaftspolitischer Sprecher**